

# KLEINER INFO-READER ZU ZITTAU



## ***INDEX***

1. Rechtsextremistische Aktivitäten in Ostsachsen im Jahre 2001
2. Zittau: „back to the roots“ (Zittau in den Jahren 1991—2001)
3. Vom Erbbaupachtvertrag bis zum einfachen Mietvertrag
4. Beweis der rassistischen Kontinuität in Zittau
5. Interview mit AMAL (Hilfe für Opfer rechter Gewalt)
6. Wie die Stadt Zittau den NJB verharmlost
7. Presse

### **Weiterführende Informationen:**

<http://members.tripod.de/eulenpaua>

(<http://www.dvg-zittau.de.vu>)

<http://d-a-s-h.org/~zittau/index.htm>

<http://www.augenauf.net>

### **Kontakt:**

**AG-Zittau**

**Postfach 30 04 53**

**02809 Görlitz**

**Email: [ag-zittau@gmx.net](mailto:ag-zittau@gmx.net)**

***Letzte Änderung: 13.01.2002***

**"Es ist meistens nicht spektakulär, was ausländische Forscher, die an ihrer Hautfarbe zu erkennen sind, im Osten zu erwarten haben, nichts, was in die Polizeistatistik eingeht, kein Mord, kein Totschlag. Sie werden nur angepöbelt, angerempelt, angespuckt. Sie erleben den ganz gewöhnlichen Alltag"**

**(Die Zeit vom 27.07.2000)**

# Chronik rechter Aktivitäten in Ostsachsen 2001

**Anmerkung:** Hier sind bei weitem nicht alle Vorfälle dokumentiert. Aus unterschiedlichen Gründen haben wir nicht die Möglichkeit, alle Vorfälle dokumentieren zu können.

Laut einer Untersuchung des Vereins AnStiftung Dresden im Februar bis Juni 2000 muss von einer hohen Dunkelziffer nicht-angezeigter rechtsextremistischer Straftaten von 50 bis 75% ausgegangen werden.

Die Anlaufstelle für Opfer rechtsextremistischer Gewalt in Cottbus schätzt ein, dass nur etwa eine von zehn rechtsextremistischen Straftaten zur Anzeige kommt.

Quellenangabe: Sächsische Zeitung, Lausitzer Rundschau, Radio Lausitz, mdr - Fernsehen, Faktuell - Online, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Rechtsradikale Publikationen, Augenzeugen - bzw. Erlebnisberichte und Recherchen der Opferperspektive - Ostsachsen

Quelle: opferperspektive - ostsachsen, 2001

## 11.02.01

In Eibau wird ein Jugendlicher von drei Rechtsradikalen mit Baseballschlägern zusammengeschlagen und mit Stiefeln getreten. Er erleidet schwere innere Verletzungen.

## 23.03.01

12 Neonazis versuchen in der Regionalbahn Zittau —Dresden zwei Angolaner aus dem Zug zu werfen und verletzen einen mit Faustschlägen. Die Neonazis stammen zum Teil aus Bernsdorf.

## 28.04.01

Etwa 20 Neonazis aus Görlitz pöbeln in der Regionalbahn Dresden-Görlitz Menschen aus dem Zug an.

## 01.05.01

20 Neonazis überfielen sechs Jugendliche die nach einem Hexen-

feuer zelteten. Sie zerstörten die Zelte und schlugen ihre Opfer zusammen.

## 08.05.01

In Görlitz sprühen Unbekannte Hakenkreuze.

## Anfang Mai

Die Zittauer Wohnungsbaugesellschaft mbH kündigt dem rechtsextremistischen „Nationalen Jugendblock e.V.“ (NJB) die Räumlichkeiten. Der NJB reagiert mit eindeutigen Gewaltdrohungen für den möglichen Rausschmiss. Flugblätter gingen auch an den Eine-Welt-Laden in Zittau.

## 19.05.2001

Beim Augen-Auf-Festival in Zittau sind etwa 150 Neonazis auf dem Gelände des NJB, es kommt zu Drohungen von Neonazis in der Zittauer Innenstadt.

## 02.06.01

Etwa 50 Neonazis zogen grölend durch die Altstadt in Hoyerswerda. Am späten Abend griffen 4 Neonazis einen Mann aus Hanau in einer Kneipe an. Dieser musste mit Schnittverletzungen und Hämatomen ambulant behandelt werden. Danach zerstörten die Neonazis die Einrichtungsgegenstände der Kneipe.

## 09.06.01

Auf dem Dorffest in Neusalza-Spremberg wurde ein 16-jähriger von mehreren Neonazis zusammengeschlagen. Das Opfer musste mehrere Tage stationär behandelt werden.

## 10.06.01

Zwei Neonazis überfielen einen 35-jährigen Mann in der Innenstadt von Löbau. Sie schlugen ihn zusammen und beschimpften ihn u.a. als "Zeckenschwein". Die Täter flüchteten mit zwei Fahrzeugen mit Bautzener Kennzeichen.

## 14.06.01

Neonazis greifen in Bischofswerda 4 Jugendliche mit Feuerlöschern an. Diese erlitten Haut- und Augenreizungen.

## 15.06.01

In Löbau überfielen wiederum vermutlich die selben Täter den gleichen Mann erneut. Er wurde wiederum leicht verletzt.

## 16.06.01

Mehrere Jugendliche wurden im Zug von Pulsnitz nach Görlitz von rechtsextremistischen Hooligans bedroht und beschimpft. Dabei wurde ein Jugendlicher durch Schläge leicht verletzt. Als Täter wurden Fußballfans des NFV Gelb-Weiß-Görlitz erkannt. Dieser Fussballklub hatte am 16.06.01 ein Auswärtsspiel in Pulsnitz. Seine Fans sind schon mehrfach durch rechtsextremistische Übergriffe aufgefallen.

## 17.06.01

In Bautzen findet eine Demonstration der NPD statt. Daran nehmen etwa 200 Neonazis teil.

## 21.06.01

Ein 31-jähriger Mann wird in Zittau von 3 Neonazis überfallen und verletzt.

## 25.06.01

Ein 15jähriger hat auf einem Bautzener Spielplatz mit goldener Farbe Hakenkreuze geschmiert.

## 02.07.01

Unbekannte verschandelten am Wochenende die Giebelseite eines Wohnblocks in Weigsdorf-Köblitz bei Bautzen mit Hakenkreuzen.

## 07.07.01

Bei der Holger-Müller-Gedenkdemonstration in Zittau der NPD nehmen etwa 80 Neonazis, vornehmlich aus Ostsachsen teil.

## 08.07.01

Etwa 25 Neonazis demonstrieren spontan vor der Nieskyer Polizeiwache. Sie wollten damit für ihren verstorbenen Kameraden demonstrieren. Die Versammlung wurde nach 10 Minuten aufgelöst.

## 19.07.01

Unbekannte drohen mit der Sprengung der Löbauer Asylbewerberunterkunft. Die Polizei evakuiert das Gebäude. Eine Bombe wurde nicht gefunden.

**01.08.01**

11 Neonazis überfallen einen Jugendclub in Göda. Dabei wird ein Jugendlicher verletzt.

**04.08.01**

Ein Neonazi zeigt mehrmals in der Löbauer Diskothek „Kulti“ den Hitlergruß.

**18.08.01**

In Weißwasser überfallen 4 Neonazis mehrere Punks. Morgens gegen sechs Uhr drangen sie in die nicht abgeschlossene Wohnung ein und zwangen die Jugendlichen Bier zu holen, schlugen und traten sie, drohten einem von ihnen das Ohr abzuschneiden.

**20.08.01**

In Sohland (an der Spree) verletzen 8 Neonazis einen 18-jährigen in einer Kneipe.

**21.08.01**

Am Heiß-Todestag wurden in Zittau, Löbau und Bautzen wurden rechtsextremistische Plakate angebracht.

**08.09.01**

Zum „Tag der Sachsen 2001“ hatten die rechtsextremistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) und die NPD einen Stand.

**16.09.01**

In Mücka wurde ein Gedenken an die Opfer des Terrors in den US von einigen Neonazis ausgepfiffen, so dass diese abgebrochen werden musste. Einige trugen T-Shirts mit der Aufschrift "FUCK AMERIKA". In Mücka gibt es die Diskothek "Wodan", wo unter anderem schon Neonazikonzerte stattfanden.

**06.10.01**

Auf einem Trödelmarkt auf der Brüderstraße in Görlitz bietet ein Stand NPD-Zollstöcke und Hakenkreuzgürtelschnallen an.

**07.10.01**

8 rechtsextremistische Fußballfans grölen Nazi-Lieder in Hoyerswerda.

**13.10.01**

Der Landesparteitag der rechtsextremistischen NPD findet irgendwo im Landkreis Löbau-Zittau statt.

**02.11.01**

20 bis 25 Neonazis haben am Freitagabend einen Jugendklub gestürmt. Mit Eisenstangen und Knüppeln gingen sie auf die Klubgäste los. Den 35-jährigen Klubleiter bedrohten sie mit einer Axt, anschließend nahmen sie sich die Einrichtung vor. Sie zerdrückten Fenster, Türen, Stühle, Tische. Einen 28-jährigen verletzten sie.

**03.11.01**

15 Neonazis haben eine Party in Lauta (Lkr. Kamenz) angegriffen. Bei Eintreffen der Polizei flüchteten sie, drei Stunden später rückten sie wieder an und verprügelten die Besucher. Zwei mussten verletzt ins Krankenhaus, die Tatverdächtigen stammen aus Dresden und dem Raum Pirna.

**03.11.01**

Bei einer Neonazidemonstration der NPD in Leipzig nehmen mehrere Neonazis aus Ostsachsen, unter anderem aus Löbau und Niesky, teil.

**10.11.01**

Unbekannte haben das sowjetische Ehrenmal in Kamenz mit Hakenkreuzen und nationalsozialistischen Parolen beschmiert.

**16.11.01**

Am Zittauer Grenzübergang werden 15 Tonträger mit rechtsextremistischer Musik beschlagnahmt. Zwei Neonazis hatten versucht diese einzuführen.

**01.12.01**

Nach einer Neonazidemonstration greifen Neonazis im Zug von Berlin nach Elsterwerda einen Gegenemonstranten an. Dieser wurde bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen. Das Opfer musste danach ambulant behandelt werden.

**09.12.01**

Ein Reisebus mit linken Jugendlichen wird von 30 Neonazis in Dresden mit Steinen angegriffen.

**16.12.01**

280 Neonazis marschieren wie im letzten Jahr durch das ostsächsi-

sche Bernsdorf. Hintergrund der Aktion war der Tod eines Bernsdorfer Neonazis am 09.12.2000.

# Zittau: "back to the roots"

## Anmerkung:

Diese Dokumentation ist aus einer Auswertung von älteren Pressemeldungen der Sächsischen Zeitung (Lokalredaktion Zittau) entstanden und ist garantiert nicht vollständig, sollte aber den gesellschaftlichen Zuständen in welchen der NJB entstanden ist, widerspiegeln. Wer entsprechende Nachweise benötigt (zum Beispiel für die zahlreichen Zitate oder Anspielungen, die in dem Text enthalten sind, die/der sollte sich an ag-zittau@gmx.net wenden). Die enthaltenen Bilder sind zum Teil aus den Pressemeldungen der Sächsischen Zeitung abgescannt und sind verhältnismäßig schlecht (only online).

## Erster Prozess gegen Neonazis in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung

Am 09.Mai 1991 überfielen mindestens 8 Neonazis im Alter zwischen 18- und 34 Jahren ein Treffen von 30 Kindern aus Tschernobyl in einem Bundeswehrwohnheim in Zittau. Sie schmissen Steine gegen das Haus, schlugen die Fenster ein, schrieen rechte Parolen Marke "Ab nach Auschwitz" oder "Heil Hitler" und zeigten den Hitlergruß. Zwei Menschen wurden bei dem Überfall verletzt. Die Polizei nahm nur die Personalien der Opfer auf und ließ die Neonazis ohne erkennungsdienstliche Behandlung gehen. Wie es später heißt, kannten die eingesetzten Beamten die Neonazis. Eine sehr fragwürdige Polizeiaktion.

Am 06.11.1991 begann der sog. "Tschernobyl-Prozess" gegen die 8 Neonazis Marko Thielmann, Andreas Hanspach, Jörg S., Steffen S., Heiko H., Rene D., Rene Z. und einen weiteren. Der Prozess war der erste gegen Neonazis in Ostdeutschland im wiedervereinigten Deutschland und gab den Neonazis ein Podium, dass sie schamlos ausnutzten. So wurden die Neonazis zu geringen Haftstrafen verurteilt; der Vorsitzende Richter bedankte sich nach der Urteilsverkündung bei den Neonazis. Vorrangig waren Pöbeleien, Zwischenrufe, die es den Zeugen nicht einfach machten. Überhaupt kamen nicht viele Zeugen, denn sie hatten berechtigterweise Angst vor weiteren Gewalttaten der Neonazis. Bezeichnend ist noch, dass die Neonazis danach noch in Berufung gingen.

Damals verzeichnete man für Zittau einen Schaden, den dieser sog. "Tschernobyl-Prozess" genommen hatte. So versuchte man Ursachen für die Aufkommende Gewalt zu finden. Wie in anderen Städten, mit ähnlichen Ereignissen: "Sie werden aufmerksam, wenn es irgendwo Rabatz gibt, die da oben, und merken, dass etwas faul ist", sagte da einer bei einem Diskussionsabend des Multikulturellen Zentrum Zittau (Muk) im Dezember 2001. Was hier faul ist? Deutsche sind arbeitslos - schuld sind ...! Völkische Diskussion mit dem tröstlichen Ausgang, "Ihr müsst

selber was tun, Vereine gründen, euch stark machen...". Vielleicht hier die heimliche Geburtsstunde des Nationalen Jugendblock Zittaus, der sich knapp 6 Wochen nach diesem Abend gründete.

Im Zuge einer bundesweiten Razzia gegen Neonazis wurden auch in Zittau Wohnungen von Neonazis durchsucht. Die Zittauer Lokalpresse gab den in Zittau führenden Neonazis dazu in einem "SZ-Gespräch" ein Podium. Der spätere NJB-Vorsitzenden Robert Pech (ab 1997) und Jens Leubener (ab 1992) konnten sich über ihre Vorhaben und über ihre rassistische Ideologie auslassen. Robert Pech (Mitglied der Republikaner) sagte: "Egal wer einlädt, wir kommen." und das ist auch bis Heute noch so, weil zum Beispiel das Multikulturelle Zentrum Zittau (Muk) den Neonazis immer wieder die Chance gab und gibt sich öffentlich zu präsentieren und profilieren.

## Holger Müller - Märtyrer für Zittau

Der 18-jährige Holger Müller aus Olbersdorf unweit von Zittau wollte am 05.07.1992 zusammen mit seinen Kameraden Marc B. und einen weiteren Neonazi ihrer Lieblingsbeschäftigung nachgehen. "Ausländer klatschen", so wird es gemeinhin bei den Neonazis bezeichnet. Nur da ging doch etwas schief. Bei dem Versuch der Neonazis den Mosambikaner Bey Ben B. zu ermorden, konnte dieser das Messer in die andere Richtung drehen, so dass Holger Müller in sein eigenes Messer lief. Seine Kameraden ließen ihm danach im Stich und flüchteten, wie die drei angegriffenen Mosambikaner, die aber keine Motivation gehabt haben können, ihrem Angreifer das Leben zu retten. Holger Müller stirbt daraufhin an seinen Verletzungen; lebt danach aber weiter, in den Zittauer Herzen; als Märtyrer für Zittau.

2 Stunden nach dem selbstverschuldeten Tod Holger Müllers, überfallen 15 Neonazis das Zittauer Asylbewerberheim. Mit Baseballschlägern und Reizgas bewaffnet griffen sie die BewohnerInnen des Heimes auf der Äußeren Weberstraße an, vier wurden verletzt. Unter den Angreifern Marc B., der zuvor mit Holger Müller die Asylbewerber angegriffen hatte. Einen Tag zuvor hatten Neonazis einem Mosambikaner auf einem Rummel den Unterkiefer gebrochen. Bei den BewohnerInnen der Asylunterkünfte in der Äußeren Weberstraße und im Mittelweg machte sich danach Angst breit, war man noch geschockt von den vielen Übergriffen, und man hatte Angst vor Racheaktionen der Neonazis. Sie getrauen sich nicht mehr auf die Straße und haben nach den Übergriffen die Heimleitung gebeten, sie in andere Heime zu verlegen.

Ganz Zittau war geschockt, hatte die Normalität hier doch einen Bruch erhalten. Normal war nur, dass das Toilettenhäuschen auf der Äußeren Weberstra-

ße kurz nach dem Tod mit "Nur für Deutsche", "Ausländer raus" und Hakenkreuzen beschriftet war. "Der tragische Tod des Holger Müller", so wurde es dargestellt und für die meisten war es auch so. Man muss sich an dieser Stelle nur mal ausdenken, wenn es anderes herum gewesen wäre, also wenn Holger Müller den Mosambikaner erstochen hätte. Image-Schaden nicht mehr und nicht weniger, dass was heute immer noch zählt.

So konnten Neonazis im September 1992 wieder die Asylunterkunft auf der Äußeren Weberstraße mit Steinen und einer Brandbombe bewerfen. Am 28. September 1992 bekommt der NJB ein Podium geliefert, indem er über das rassistische Thema "Deutschland den Deutschen" referieren kann. Das Podium wurde eingerichtet um über die Gewalttaten der letzten Monate zu diskutieren. Es hatte das anrüchliche Motto: "Gewaltbereitschaft in Zittau - Deutschland ohne Ausländer". Man versuchte damit einen Grund für den "Ausländerhass" zu finden, es sind nicht die Deutschen die Schuld sind, nein es sind die ... Möglichkeiten zur Gewaltprävention sollten gefunden werden - für Zittau könnte das nur heißen: wie in Hoyerswerda alle AsylheimbewohnerInnen in andere Städte zu fahren.

Für die Neonazis war Holger Müller ein Märtyrer, der sein Leben für die "Nationale Sache" hergeben hatte. So verlangten die Neonazis vom NJB nun nach einem Denkmal für ihren Kameraden, der sich in seinem Kampf selbst geopfert hatte. Der Oberbürgermeister Jürgen Kloß gestand den Neonazis ein Holzkreuz ohne Aufschrift zu. Seit dem Tod des Neonazis marschieren die Neonazis fast jährlich am ersten Samstag im Juli. Am ersten sog. "Holger-Müller-Gedenkmarsch" 1992 wo selbst der Oberbürgermeister Jürgen Kloß mitmarschierte, wurden völkische "Neger in den Busch" und "Türken in die Türkei" - Parolen gerufen. Das Gericht entschied Anfang 1993, dass der Mosambikaner aus Notwehr gehandelt hat, seine Kameraden wurden wegen unterlassener Hilfeleistung zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Nachdem in Rostock im August 1992 Neonazis unter Beifall der Deutschen AnwohnerInnen eine Asylunterkunft in Rostock-Lichtenhagen mit Steinen und Brandbomben bewarfen, rüstete man sich auch in Zittau für mögliche Aktionen gegen die 2 Zittauer Asylunterkünfte. Die Polizei setzte mehr Beamte ein, doch zu den Pogromen kam es nicht, die waren in den Köpfen bereits praktiziert worden.

Wie auch in anderen Städten organisierten sich liberale und linke Gegenbewegungen. Den linken Gegenbewegungen um die HausbesetzerInnen der Milchstraße haben wir ein eigenes Kapitel gewidmet. Die liberalen Zusammenhänge organisierten am 19.12.1992 in Zittau eine Demonstration unter dem Motto "Wer schweigt und wegsieht, brennt und mordet mit!". Doch wo waren diese Menschen, wenn sie doch so liberal sind?

## Die Südstraßenanfänge

Die Stadt gab den Neonazis vom Nationalen Jugendblock Zittau e.V. (NJB) im Februar 1992 ein Haus in der Südstraße 8 in der Zittauer Südstraße. Die Sächsische Zeitung konstatierte Ende Mai 1992, dass es einen "Waffenstillstand bei Links und Rechts" gäbe. Doch wurde dieser Waffenstillstand, wenn man das so nennen kann, nur von einer Seite eingehalten. Im Jahr 1992 kam es fast an jedem Wochenende zu rassistischen Übergriffen (siehe die zwei vorangegangenen Kapitel). Aus der Absicht des neuen Neonazihauses machte der damalige Stellvertretene Vorsitzende Ronny Löwe keinen Hehl: "Deutsch gesinnten Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu geben. Wir wollen auch Soldatengräber pflegen und gemeinsame Reisen machen." Das Feindbild ist auch klar, es sind die HausbesetzerInnen und Drogenabhängigen von der Milchstraße (siehe nächstes Kapitel).

Die Neonazis von der Südstraße wurden von der Zittauer Lokalpresse als liebe Jungs bezeichnet, die neue Garde des Proletariats. Ronny Löwe: "Wir haben am 1. Mai gearbeitet, knapp 30 Mann, andere demonstrierten". Waren sie doch die, die sich in das deutsche Kollektiv von Hoyerswerda und Rostock einreichten, und somit die Mehrheit der Zivilgesellschaft hinter sich haben.

## Das Ende der Milchstraße

Im Gegensatz zu den Neonazis vom NJB hatten die „kleinkriminellen“ HausbesetzerInnen mehr Probleme. Diese hatten einen schweren Stand, so wurden sie andauernd von den Neonazis angegriffen, von den BürgerInnen mehrmals angezeigt, von der Lokalpresse rassistisch diskreditiert und später sogar geräumt. Die Milchstraße bestand seit 1989 und stellte eine alternative Lebensform dar, die vergleichbar mit ähnlichen Projekten in Großstädten ist, wie zum Beispiel das Schanzenviertel in Hamburg.

Das sich die BewohnerInnen der Milchstraße in Zittau nicht wohlfühlen konnten, dafür sorgte vor allem die Lokalpresse. Machte sie offensiv Stimmung gegen die Milchstraße bis zu der endgültigen Aufgabe des Projekts im März 1993, durch eine Razzia der sächsischen Polizei. So schreibt die Zittauer Lokalredakteurin Angelika Hoyer in einem Kommentar: "Wie wäre es denn, wenn die für Jugendarbeit Zuständigen in Landratsamt und Stadtverwaltung mal für ein Jahr mit Kind und Kegel in die Milchstraße ziehen? Sie wären dann immer hautnah an dem Problem und könnten neben der Jugendarbeit auch einmal nachempfinden, wie sich in so einer Umgebung Anwender fühlen." Dass die Mehrzahl der Angriffe auf das Konto der Neonazis geht, das wird nicht benannt. Am 16. Februar 1992 gab es einen dieser Übergriffe

auf die Milchstraße. Bei dem Prozess wegen diesen sog. Milchstraßenkrawallen wurden 2 angeklagte HausbesetzerInnen wegen Notwehr freigesprochen. Anfang August 1992 kam es wieder zu einem Angriff von Neonazis, wo sich die BewohnerInnen berechtigterweise wieder selbst helfen müssen. So mussten sich die BewohnerInnen förmlich einmauern, um besser geschützt zu sein, wenn die Neonazis wieder angriffen. Der Eingang war nur über einen Garten zu erreichen, das Gelände mit Stacheldraht umzäunt.

Mitte März 1993 kam es dann zu einer groß angelegten Razzia der sächsischen Polizei gegen die Milchstraße bei der 32 Menschen festgenommen wurden. 450 Beamte waren im Einsatz und beschlagnahmten Hunderte Einrichtungsgegenstände. Die Milchstraße war somit geräumt und die Nazis freuten sich und feierten einen Monat danach pompös den Geburtstag ihres Führers Adolf Hitler.

### **Klein- oder Großhoyerswerda?**

Nach dem Polizeieinsatz gingen von den Neonazis eindeutige Drohungen aus. Ein Mitarbeiter des Jugendamtes meinte dazu: "Das wäre dann ein hausgemachtes Hoyerswerda". Die sich den Neonazis in den Weg stellen werden in andere Städte eingeliefert und der braune Mob hatte mit Unterstützung der Zivilbevölkerung das bekommen, was er wollte. Anfang Mai wird in Zittau die Asylunterkunft Mittelweg nach Dresden verlegt.

Bezeichnend für diese Zeiten kam es zu rassistischen Aktionen auch in Seiffhennersdorf in der Nähe Zittaus. Dort wurden Flüchtlinge Ende April, in ein eigentlich für AussiedlerInnen vorgesehenes Heim eingewiesen. Kurz nachher wurde bei einer Einwohnerversammlung der rassistische Konsens auf den Punkt gebracht: "Ein Klein-Hoyerswerda dürfe in Seiffhennersdorf nicht provoziert werden." Da waren sich die BewohnerInnen einig, dass das Heim sofort schließen müsse, zum Wohle ihrer BewohnerInnen natürlich. Man wolle dafür Unterschriften sammeln, denn in der hiesigen Grenzregion sei das Maß der Zumutbarkeit schon ausgeschöpft. Die Zivilgesellschaft hier als Steigbügelhalter des braunen Mobs. Als im Juni 1992 Neonazis eine Hauswand mit faschistischen Parolen beschmiereten, hat in Seiffhennersdorf wohl kaum jemanden gestört.

Indes hatte sich auch in Zittau eine Art Antifa herausgebildet, die zum Beispiel am 15.06.1993 eine Demonstration zum Gedenken an die Opfer des braunen Mobs in Zittau organisierte. Im September 1993 wird Michal Gäbler von einem Neonazi aus Waltersdorf erstochen. OB Kloß sagte damals, dass das Problem der Gewalt damit beginne, wenn Fahrradfahrer den Fußweg benutzen.

### **Die Ruhe währte nicht lange**

Nach den "ereignisreichen" Jahren legte sich die Normalität über Zittau. Der sog. Holger Müller Gedenkmarusch wurde ab 1995 ausgesetzt. Ab 1997 meldete der seitdem im Landkreis recht aktive NPD-Kreisverband Löbau/Zittau den sog. Holger-Müller-Gedenkmarusch an.

Die Neonazis waren aber weiter aktiv, was nun dieses Beispiel (eines der uns bekannten) beweisen sollte: Alexander Weikelt, der damalige NJB-Vorsitzende (bis Herbst 2001) verschickte 1997 mit dem NJB-eigenen Faxgerät eine Hetzschrift: "Schluss mit der Holocaust-Lüge". Er wurde im März 1997 wegen "Volksverhetzung" und "Aufstachelung zum Rassenhass" verurteilt.

Im Januar 1998 wurden sog. "jugendpolitische Stammtische" vom Kreisjugendring Sächsische Oberlausitz e.V. eingerichtet, wo selbst der NJB und die NPD eingeladen waren. So konnten die Neonazis mit März zum Deutschen Stammtischthema "Arbeit zuerst für Deutsche" Stellung beziehen.

Das Jahr 1999 war im Nachhinein eines der krassen. In Löbau wurde einem 17-jährigen Mädchen der Schädel zertrümmert. In Kittlitz wurde eine Party von Nichtrechten überfallen und in Schönbach brannte ein nichtrechter Jugendclub. Kaum ein Stadtfest in der Region ohne rassistische Übergriffe durch Neonazis, auch in Zittau brannte die Luft, war das ach so tolle Zittauer Stadtfest doch ziemlich durch die Neonaziübergriffe überschattet worden. Die Tageszeitungen titelten unter anderem "Massenschlägerei: 52 Festnahmen", wohl eine ganz normale Schlägerei zwischen Anhängern der linken und der rechten Szene. Doch wer das behauptet der stellt sich auf die selbe Ebene wie die Zittauer Behörden und Verantwortlichen.

Am Freitag überfallen 40 Neonazis eine Party von Homosexuellen im Rathauskeller. Der Sicherheitsdienst und die Polizei schaute zu, wie die Neonazis die BesucherInnen verprügelten und die Einrichtungsgegenstände zerdrochen. Erst eine Stunde später griffen die PolizeibeamtInnen ein, viel zu spät, es gab mindestens 3 Verletzte. Der Polizeisprecher Uwe Horbaschk spricht von einem Fehler, dass man gemeinsame Toiletten für die BesucherInnen der Schwulen- und Lesbenparty und den BesucherInnen des Stadtfestes eingesetzt habe und versucht damit die rassistischen Übergriffe auf eine ganz perverse und rassistische Art und Weise zu rechtfertigen. Nicht besser ist da der Zittauer Oberbürgermeister, der sagte: "Ich will die Rechten nicht in Schutz nehmen, aber es gibt immer einen, der provoziert, und einen, der sich provozieren lässt." "Die Homosexuellen sollten doch froh sein, dass sie hier überhaupt feiern dürfen.", antwortete der Mann auf eine Beschwerde des Rosa Power Löbau e.V. die die Party im Rathauskeller organisiert hatten. Diese

hatten sich berechtigterweise über den fehlenden Schutz beschwert und waren so auf eine rassistische Art und Weise abgefertigt worden. Die einzige Konsequenz die sich aus diesem Überfall ergab ist, dass es nie wieder eine Party der Homosexuellen im Rathauskeller geben wird. Klappe die erste.

Am nächsten Tag versuchen 80 Neonazis das Emil am Mandauer Berg zu überfallen. Hier konnte die Polizei schlimmeres verhindern. In der folgenden Nacht greifen wieder etwa 150 Neonazis das kulturlinke Jugendkulturzentrum Emil an. Dieses mal war die Polizei nicht da, so dass die Neonazis das Emil zerstörten und sich die BesucherInnen der Gaststätte berechtigterweise wehrten. Das war keine Massenschlägerei unter Jugendlichen, das waren organisierte Übergriffe, wie es der Oberbürgermeister nicht wahr haben wollte.

### **Toleranzmensch Jürgen Kloß**

Der Zittauer Oberbürgermeister Jürgen Kloß (siehe Foto) war angesichts der "Randale" sauer, war sein tolles Stadtfest nunmehr in Rauch aufgegangen, so konnten die Medien nicht vom Stadtfest berichten, sondern von den Übergriffen der Neonazis. Anstatt aus den gezielten Neonaziübergriffen politisch nachvollziehbare Konsequenzen zu ziehen (wie zum Beispiel dem NJB das Haus zu kündigen), wollte es sich mit den Übeltätern an einen Tisch setzen. Übeltäter waren nicht nur der NJB, sondern auch der Alraune e.V. (Trägerverein des Emils) und der Rosa Power Löbau e.V., wie gesagt es gibt immer einen der provoziert und einen der sich provozieren lässt. Die anberaumten Gespräche hatten aber keine Ergebnisse, da sich die Vereine politisch nicht gerade nahegestanden.

Unterdes hatte der NPD-Sprecher des Kreisverbandes Löbau-Zittau Torsten Hiekisch öffentlich zugegeben, dass sich Mitglieder des NJB's an den Übergriffen beteiligt hätten. Robert Pech, der bis Herbst 2001 Stellvertreter Vorsitzender des NJB's war, wurde bei dem Überfall auf die Party im Rathauskeller erkannt. Kloß hatte immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass er keine Gewalttaten von Seiten des NJB's dulden werde. Dass dies nur eine selbstgefällige Bemerkung für Medienvertreter war, kann jetzt wohl so gesagt werden.

Auch versteht es Kloß (übrigens von der CDU) garz gut, wenn den ZittauerInnen die Rechten lieber als die Linken sind, greifen die Linken doch gerne die festgefahrene Normalität der Grenze und der Zivilgesellschaft an. Die Rechten gehören zur Zivilgesellschaft, können diese also nicht angreifen. Im Gegensatz zu den MedienvertreterInnen, die Zittau seit den Übergriffen mehr und mehr ins Visier nahmen. So entstanden mehrere Beiträge in zum Teil bundesweiten Publikationen und sogar Fernsehberichte wurden gedreht. Kloß ein Lokalpatriot musste natürlich eini-

ges klarstellen: "Die Meiden lügen" sein Standartsatz wenn er über die vielen Tatsachen des Umgangs der Stadt mit dem NJB berichtet wird. So behauptete der OB, dass es keine Zuwendung für den NJB gegeben hat, die Tatsachen sehen aber wiedererwartend anders aus.

### **Das Ende der Gewalt**

Eine der großen Phänomene sind Runde Tische gegen Gewalt. Diese wurden vielerorts initiiert, auch im Landkreis Löbau-Zittau. Ende der Jahres 1999 wurde diese Forderung unter anderem von Gregor Janik, zuvor Mitglied im Bundesvorstand der NPD, laut, der in Zittau als Rechtsanwalt tätig ist. Dieser verließ die NPD, weil es den militanten Kurs von Udo Voigt nicht mehr mittragen wollte und danach sozusagen als nationaler Sozialist anbot mit der PDS-Zittau zusammenzuarbeiten. Ein erster Versuch fiel jedoch ins Wasser, weil die Moderatorinnen davon in Kenntnis gesetzt wurden, wer hier einlud. Sie wollten sich verständlicherweise nicht mit Neonazis an einen Tisch setzen.

Anfang April 2000 war dieser "Runde Tisch gegen Gewalt" nun doch zu Stande gekommen, eingeladen hatte ein Kreisrat von der DSU-FDP-Fraktion. Alle politischen Gruppierungen waren eingeladen, auch Gregor Janik der Neonazi-Rechtsanwalt und Torsten Hiekisch der Kreisvorsitzende der NPD Löbau/Zittau. Der auch eingeladene Präsident des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz Reinhard Boos machte darauf aufmerksam, dass es im Jahr 1999 63 rechte Straftaten und lediglich 4 linke gegeben hat. Trotzdem einigte man sich darauf, den Runden Tisch gegen Gewalt nicht explizit gegen Rechts auszurichten.

An den Tatsachen rechter Vorherrschaft und kultureller Hegemonie in vielen Dörfern und Städten im Landkreis Löbau/Zittau hat dieser Runde Tisch gegen Gewalt nichts geändert, es war nur ein lächerlicher Versuch Antworten auf die Gewalt zu finden. Die Antworten wurden jedoch von den Behörden und dem Oberbürgermeister gegeben. Es gibt immer einen der provoziert und einen der sich provozieren lässt. Wer die Täter der Gewalt in die Debatte mit einbindet, der macht diese hoffähig.

### **Verhalten von Polizei und Behörden**

Das rechtsextremistische Aktivitäten gerne unter Jugendkriminalität verharmlost werden, ist nicht nur in Zittau der Fall, dass aber rechtsextremistische Gewalttaten von Seiten der Ermittlungsbehörden verschwiegen werden, dass ist wohl gerade in Zittau Standard. Im August 2000 machte der Lokalradakteur Peter Chemnitz diesem Misstand Luft, indem er

diesen öffentlich machte. So wurde zum Beispiel eine Frau auf dem Zittauer Stadtfest von Neonazis angegriffen. Thorsten Hiekisch von der hiesigen NPD distanzierte sich wie immer von diesen Gewalttaten der Gesinnungsgenossen und erst dann musste die Polizei einräumen, dass es rechte Übergriffe gegeben hat. Auch ein Hakenkreuz, was im Sommer 2000 an einem Haus angebracht wurde, hat die Polizei verschwiegen. Wie es heißt, würden die Täter dann die Zeitungsartikel ausschneiden und damit prahlen.

Nach den geplanten Übergriffen während des Zittauer Stadtfestes 1999 fand Zittaus Jugendbürgermeister Jürgen Löffler nur diese Worte: "Das gewählte Vokabular und die Schlagzeilen überdimensionieren die Tatsachen." Doch die Tatsachen kann man nicht überdimensionieren, diese sind über Jahre lang gefördert, geduldet und ideell unterstützt worden.

Auch der Oberbürgermeister Jürgen Kloß und die örtliche NPD waren sich einig. So veröffentlichte die Zeitung "Untergrund" eines Linken Löbauer Vereins eine wohl falsche Aussage des OB's. Dieser soll nach "Untergrund" beim Überfall auf die Party des Rosa Power Löbau e.V. den braunen Mob angefeuert haben und gesagt haben „Die schwulen Säue können ruhig aufs Maul kriegen". Dass diese Äußerungen nicht abwegig sein können, dass belegen öffentliche Zitate des OB's, die im Kapitel "Die Ruhe währte nicht lange" aufgelistet sind. Der Ältestenrat der Stadt Zittau stellte danach, mit Unterstützung der örtlichen NPD einen Strafantrag wegen Verleumdung. Der NPD Kreisverband Löbau-Zittau kündigte an, den OB öffentlich zu rehabilitieren. Der Stadtrat zusammen mit der NPD gegen den Erzfeind PDS.

### **Kündigung mit Gewaltdrohung**

In den Jahren 1999 bis Ende 2000 war Zittau immer wieder heftiger und auch berechtigter liberaler Kritik ausgesetzt. Nicht zuletzt aufgrund des Anschlags auf jüdische Menschen in Düsseldorf, war das Thema Rechtsextremismus auf die politische Tagesordnung gesetzt worden. In Zittau blieben, wie nicht anders zu erwarten, entsprechende Handlungen erst einmal aus, bis der Spiegel in der Ausgabe vom 08. Januar 2001 mit "Organisierter Rechtsextremismus: Wie fahrlässig und gedankenlos die Stadt Zittau ihre Skins und Neonazis unterstützt" die Stadt Zittau kritisierte und diese Unterstützungstätigkeit gegenüber Neonazis endlich einmal prägnant in die Öffentlichkeit getragen hatte. Im Herbst 2000 waren Gespräche über die Sanierung (Das Haus auf der Südstraße 8, war zu der Zeit schon extrem baufällig) der Südstraße im Sande verlaufen, so dass die Zittauer Wohnungsbaugesellschaft mbH das Haus dem NJB Anfang Mai 2001 aufgrund der Baufälligkeit kündigte. Dass das keine politische Entscheidung gewesen sein kann, sondern die Kündigung aufgrund der röhrenden touristischen Profilierung als "Tag der Sach-

sen 2001" - Ausrichterinnen vollzogen worden ist, dass beweisen wohl eindeutig die Statements des Oberbürgermeisters. Dieser hatte schon im Januar, nach dem Spiegelbericht gesagt, dass er eine weitere Unterstützung nicht mehr dulden werde. Alles bloß heiße Luft, was sich auch an den weiteren Aussagen beweisen ließe. Kloß, der sich wohl ein wenig selbst überschätzt hatte nie Zweifel an der Funktionalität der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit Jugendlichen (Neonazis).

Der NJB siegesgewiss und auch gewiss, dass der Oberbürgermeister das mit der Kündigung nicht so meinte, wie es leider nach Außen drang, ging ertsprechend eindeutig in die Offensive. Nach der Kündigungsfrist würde man keine Verantwortung für das Handeln einzelner Mitglieder übernehmen, so der NJB mit einem Flugblatt, was auch an der Schau fensterscheibe des Eine-Welt-Ladens in Zittau klebte. Eindeutige Gewaltdrohungen die man auch so werten musste. So kam die Kündigung zu einer recht ungünstigen Zeit, Mitte Mai 2001 hatte sich ein "Augen Auf - Zivilcourage Zeigen" - Festival angekündigt, was nur mit massiven Polizeischutz durchgeführt werden konnte. Der NJB kündigte ein "Augen Auf - gegen Links" an und setzte das auch gleich mal um. Von Beschimpfungen und Verfolgungsjagden konnten nachdem Wochenende einige berichten, was in der Polizeistatistik natürlich nicht vorkommt. Oberbürgermeister Jürgen Kloß, machte noch einmal klar, von welcher Sorte er ist, "Intoleranz kommt nicht nur aus der Rechten Ecke", Richtig Herr Kloß, wir sind auch intolerant, und das hat seine Gründe! Aber der neue ist auch nicht besser!

# Vom Erbbaupachtvertrag zum normalen Mietvertrag

Der Erbbaupachtvertrag besagt, dass er nicht durch auflösende Bedingungen beschränkt werden kann und doch wurde er am 25.10.2001 mit großer Mehrheit vom Zittauer Stadtrat beschlossen.

## Doch wie kam es dazu?

Die ersten Andeutungen für einen Erbbaupachtvertrag wurden kurz nach dem Tag der Sachsen gemacht und bestätigten sich letztendlich bei der Stadtratssitzung am 26.09.2001, wo die Verantwortungsträger ihre Ansichten offen zur Schau stellten. Andreas Johné, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Zittauer Stadtrat machte noch einmal deutlich "Die Jungs haben leider Gottes die besseren Karten", war man doch die letzten Monate mehrfach von Seiten des NJB's erpresst worden. Da waren zum Beispiel die Gewaltdrohungen nach der Kündigung im Mai 2001, als der NJB ankündigte, dass man im Falle einer Kündigung nicht für "das Handeln einzelner Personen" verantwortlich sei. Entsprechende Flugblätter klebten nach der Kündigung sogar am Eine-Welt-Laden und hatten im Nachhinein keine wirklichen strafrechtlichen Folgen, denn der Staatsschutz sah in der eindeutigen Gewaltandrohung keine Straftat und doch war man in Zittau beunruhigt.

Vom 18.-20.05.2001, also kurz nach der Kündigung fand in Zittau ein Festival "Augen Auf- Zivilcourage zeigen" statt, was nur unter massivem Polizeischutz stattfinden konnte. Der NJB hatte ein "Augen Auf-gegen Links" angekündigt, woran sich etwa 150 Neonazis aus dem Landkreis und darüber hinaus (zum Beispiel der Sächsischen Schweiz) beteiligten. Die Polizeistatistik belegt ein ruhiges Wochenende für die Zittauer Verhältnisse, doch nach Berichten von Betroffenen kam es mehrmals zu Beschimpfungen und zu Verfolgungsjagden.

## DEN HARTEN KERN ISOLIEREN

Und weiter geht das Spielregeln diktieren: Die Neonazis kündigten Mitte Juni an, dass sie ein Ausweichobjekt in der Lessingstraße im Visier hätten, was ihnen eine privater Immobilienbesitzer angeboten hätte. Nun forcierten die Zittauer Behörden die Bemühungen um den Neonazis ein passendes Ausweichobjekt zur Verfügung zu stellen. Indes wurde am 24.07.2001 Arnd Voigt (Freie Wähler) zum neuen Oberbürgermeister gewählt und von ihm konnte man einiges erwarten, denn er hatte in einem SZ-Gespräch vor den Kommunalwahlen angekündigt, dass er den Harten Kern isolieren würde und die Mitläufer in andere Jugendprojekte integrieren wolle.

Was von diesen vielversprechenden Vorhaben übrig geblieben ist, ist dieser dubiose Erbbaupachtvertrag mit dem NJB. Viele Vereine und Organisationen, sogar das bundesweite Gremium "Bündnis für Demo-

kratie und Toleranz", in dem alle Bundestagsfraktionen personell vertreten sind, hatten sich im Vorfeld gegen den Erbbaupachtvertrag ausgesprochen. Doch Arnd Voigt ist sich seines Weges sicher und streitet den KritikerInnen Sachkenntnis ab.

Um auch die letzten Zittauer Zweifel auszumerzen gingen die Zittauer Behörden Anfang Oktober 2001 auf den NJB zu, immerhin war in der gültigen Satzung zu lesen, dass das Haus der sinnvollen Freizeitgestaltung national gesinnter Jugendlicher diene. So verfasste der NJB mit Amtshilfe eine neue Satzung, die nicht mehr so eindeutig, aber trotzdem schwammig ist, ist aus den Formulierungen jedenfalls viel herauszuholen. Nur den Namen konnten die Behörden dem NJB nicht streitig machen, der bleibt bis auf alle Ewigkeit "Nationaler Jugendblock Zittau e.V.". Amen.

Am 25.10.2001 wurde der Erbbaupachtvertrag nun unter Dach und Fach gebracht, mit einer großen Mehrheit in geheimer Wahl. Diese war eingefordert worden, nachdem vielen StadträtInnen mit Gewalt gedroht wurde. Von welcher Seite diese kamen, bleibt nur zu erahnen.

## PRESSEFREIHEIT

Arnd Voigt (Freie Wähler), genauso wie sein Vorgänger Jürgen Kloß (CDU), hat das Recht auf Pressefreiheit zu schätzen gewusst. Kloß's Standartantwort, wenn zum Teil überregionale Medien über Zittaus Neonaziunterstützungstätigkeiten berichteten, "die Medien lügen". Voigt macht dies auch unverfänglich klar, indem er die Geschehnisse im November 2000 um die Stadt Sebnitz mit Zittau vergleicht. "Auch der Stadt Sebnitz ist etwas angedichtet worden", sagte er der Lokalpresse und will lieber, dass diese über die normalen Jugendlichen berichten. Doch Zittau kann man wie Sebnitz nichts andichten, die Geschehnisse in Sebnitz wurden gar umgedichtet und relativiert, wie könnte man es sonst verantworten, dass eine ganze Region, wenn nicht sogar ganz Deutschland unter Naziverdacht gerät. Dass musste unbedingt aus der Welt geschafft werden und die Stadt Sebnitz wurde im Handumdrehen um 32 Mio DM reicher. Rehabilitation der High Society Sebnitz, Millionen von ZwangsarbeiterInnen und Opfer der Deutschen im NS-Staat warten noch immer auf Entschädigung.

Kurz nach der entscheidenden Stadtratssitzung stellte der fraktionslose Stadtrat Winfried Bruns eine Rechtsaufsichtsbeschwerde bei der zuständigen Behörde. Seiner Meinung nach waren die Minderheitenrechte bei der Entscheidung nicht berücksichtigt worden, außerdem stand die Abstimmung über den Erbbaupachtvertrag nicht auf der Tagesordnung. Dieser Beschwerde wurde Anfang Januar 2002 stattgegeben und an das Innenministerium weitergegeben. Die Entscheidung vom 25.10.2001 ist somit ungültig und bei einer der nächsten Stadtratssitzungen

höchstwahrscheinlich erneut auf der Tagesordnung.

### **LESSINGSTRASSE**

Indes hatte man auch in Zittau die Zeichen der Zeit verstanden und musste den jüdischen Opfern der Pogrome am 09.11.1938 gedenken. In der Lessingstraße wurde der jüdische Gebetssaal von den Deutschen zerstört. Nun sollte in dieser Straße auch einmal der NJB, seine Residenz bekommen, was die Zittauer Verantwortungsträger nur aus dem Grund gestört hat, weil viele von den Stadträten in der Nähe der Lessingstraße wohnen. Außerdem sei ein "Jugendhaus", wie es heißt, in einer so dicht besiedelten Gegend problematisch. In einem privaten Haus sei keine Jugendarbeit mit den "Jugendlichen" mehr möglich. Man wolle den Gesprächsfaden mit dem NJB nicht verlieren. Aber kein Wort davon, dass die Lessingstraße einmal Schauplatz antijüdischer Pogrome.

So ließ Arnd Voigt sich auch etwas besonderes einfallen für diesen wichtigen Tag, sollten seine Worte doch eher als grotesk gewertet werden, denn nach seinen Äußerungen dürfen nie wieder demokratiefeindliche Kräfte an die Macht kommen. Der Erbbaupachtvertrag, den er selbst ca. 2 Wochen zuvor beschlossen hatte, wirkt deswegen wie eine Kapitulationserklärung, wie es auch die Frankfurter Rundschau bezeichnete. Geschichtliches Know how ist dem OB auch zuzuschreiben, hat der Hitlerputsch doch in Nürnberg stattgefunden, oder etwa doch nicht?

### **MIETVERTRAG**

Dem OB ist es doch schließlich selber zu bunt geworden, sein Erbbaupachtvertrag wurde aufgrund von immer mehr Druck von Seiten des Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, das vermehrt Lesungen in Zittau organisiert und sich auch in den Schulen angekündigt hat, auf die Probe gestellt. Dieses sieht nach Michael Lindemann (Mitglied im Netzwerk), einen Handlungsbedarf bei den Behörden, beim Oberbürgermeister und den Ordnungshütern, doch ein "besseres" Zittau, wenn man das überhaupt in den Mund nehmen sollte, kann nur dann entstehen, wenn sich die große Mehrheit der Ignoranten und WegseherInnen dagegen aufbegehren. Doch da kann man in Zittau lange warten.

Nun wird der Erbbaupachtvertrag höchstwahrscheinlich auf einen Mietvertrag hinauslaufen, das machte der OB der Lokalpresse im Dezember 2001 klar. Dieser wird dann Schritt für Schritt verlängert, so dass sich das Neonazihaus (allgemein als "Jugendhaus" verharmlost) auch weiterhin als Bindeglied rechter Strukturen in Ostsachsen etablieren kann. Alles beim alten in Zittau.

# Beweis der rassistischen Kontinuität in Zittau

Sächsische Zeitung (ZITTAU/ BILDUNG), 03.11.01

## Zittau war ein Schock

Ausländische Studenten schwärmen vom Studium in Deutschland und warnen vor Zittau "Bis wir der Polizei unseren Namen buchstabiert haben, sind wir totgeschlagen." Ein marokkanischer IHI-Student.

Von Peter Chemnitz

Deutschland war genauso, wie es sich der junge Marokkaner vorgestellt hat: Skilines, breite Straßen, ein riesiger Flughafen, Know-how. Nur - sein Endziel hieß nicht Frankfurt/Main, sondern Zittau. Und in der Kleinstadt war alles grau: die Häuser, die Straßen, die Menschen. "Das war ein Schock", sagt der junge Mann, der nach vier Jahren Studium in Zittau seinen Namen lieber nicht nennen will. Er habe Angst, dann bei den Ämtern noch mehr als bisher schikaniert zu werden. Die Negativerfahrungen, die er aufzählt, sind lang: Da ist das Leistungsstipendium, das man ihm nach seinem Abschluss des Studienkollegs mit Note eins in Aussicht gestellt hatte und das er nie bekam. Da sind die permanenten Kontrollen durch den Bundesgrenzschutz, ist die Angst vor rechtsextremistischen Schlägern. Da ist die Behandlung durch das Studentenwerk. "Die Studenten aus den osteuropäischen Ländern werden in jeder Hinsicht bevorzugt", klagt der Marokkaner. Viele seiner Landsleute hätten die Segel gestrichen und würden jetzt in anderen deutschen Städten studieren. In dieses Klagegedicht möchte Abdelilah Abowaomar nicht einstimmen. Der 24-Jährige aus dem marokkanischen Errachidia lebt seit Januar in Zittau. Allerdings sei es in der Grenzstadt schon schwerer, als beispielsweise in Freiberg, wo er im vergangenen Jahr einen viermonatigen Sprachkurs belegte. "Wir finden einfach keinen Kontakt zu den Menschen hier", sagt er. An der Sprache kann es nicht liegen, Abowaomar und die anderen Marokkaner, die in Zittau am Studienkolleg, der Fachhochschule oder dem IHI studieren, sprechen alle fließend deutsch. Woran es dann liegt? Die fünf Marokkaner in dem Wohnheimzimmer auf der Schliebenstraße zucken mit den Schultern. In Freiberg oder in Duisburg hätten sich Kontakte ganz einfach ergeben, sagt Abowaomar. "Ich kann ja nicht einfach ‚Guten Tag‘ sagen, ich heiße Mohssin, komm mich mal besuchen", fügt Mohssin EtTair ratlos hinzu. An einem Großteil dieses Problems trägt das Studentenwerk die Schuld. Es hat angeordnet, die Studenten streng nach Landsmannschaften unterzubringen: Im Keller die Chinesen, dort die Polen, da die Afrikaner und im anderen Wohnheim die Deutschen. Kontakte untereinander scheinen vom Studentenwerk nicht erwünscht. Als er in ein anderes Wohnheim ziehen wollte, sei ihm von der für die Zimmervergabe zuständigen Frau bedeutet worden, er sei kein Deutscher, er könne da nicht wohnen, sagt einer der Studenten. "Toleranz oder Kontakt finden" habe er vorher wohl "falsch übersetzt". "Wir tun uns schwer mit dieser Situation", sagt Abowaomar. Schließlich wolle man Deutschland und die Deutschen kennen lernen. Stattdessen hocken die Studenten im Wohnheim, lernen und langweilen sich. Bei Dunkelheit vertrauen sie sich nicht aus dem Haus. Jeder von ihnen ist angepöbelt oder verfolgt worden. "Du hast die Wahl, entweder du rennst nach Hause oder du gehst nicht mehr ins Kino", sagt ein IHI-Student. Er und die anderen haben sich für Letzteres entschieden.

Dazu kommt der Verfolgungsdruck durch den BGS. Den Studentenausweis akzeptieren die Beamten nicht, also müssen die von ihrem Aussehen her offensichtlich ausländischen Studenten den Pass stets mit sich führen. Der BGS verhalte sich stets korrekt, räumen alle Studenten ein, aber die permanenten Ausweiskontrollen, bis zu zwei am Tag, empfinden sie als diskriminierend. "Ein Studium in Deutschland ist sehr gut", sagte einer von ihnen. Aber von Zittau könne er nur abraten. Es habe ein Gespräch mit einem BGS-Kommissar über die Probleme gegeben, sagt Abowaomar. Aber er verstehe einfach nicht, warum bei der hohen Polizei- und Kontrollfrequenz in der Region dann nicht auch die Sicherheit der ausländischen Studenten vor rechten Schlägern garantiert werden kann. Ein Handy-Anruf über die Notrufnummer? "Vergiss es", lacht ein Marokkaner, "bis wir denen unseren Namen buchstabiert haben, sind wir totgeschlagen." Ohne den Namen des Anrufers notiert zu haben, handelt die Polizei nicht. Es könnte sich ja um einen Scherz handeln. Und dann stimmen die Marokkaner plötzlich ein Loblied auf Professor Wolfram Butter an. Der kümmere sich wirklich um sie. Butter hat auch ermöglicht, dass sie vor Schülern des Schlieben-Gymnasiums über ihre Heimat sprechen konnten. "Das war sehr schön", sagt Abowaomar. Die Schüler hätten Fragen gestellt, und man habe diskutiert. Vielleicht gibt es so etwas wieder einmal", hofft der Verfahrenstechnik-Student.

Ob einer von ihnen nach dem Studium in Zittau eine Firma gründen würde? "Wie kommst du da drauf", wehrt Hatimi Nabil aus Casablanca ab. Sein Freund fügt hinzu: Der Standort wäre das Letzte. Es gebe keine Autobahn, keine Infrastruktur und überall eine Grenze. . . HINTERGRUND

## AUF EIN WORT Saurer Apfel Zittau

Von Peter Chemnitz

Fünf Studienkollegs gibt es in Sachsen: in Chemnitz, Leipzig, Dresden, Freiberg und Zittau. An ihnen erwerben ausländische Studienbewerber die Zugangsvoraussetzungen für ein Hochschulstudium in Deutschland. 163 Ausländer mussten im vergangenen Wintersemester in den sauren Apfel beißen und nach Zittau gehen. Wer von ihnen Glück hat, verlässt die Region anschließend, ohne körperliche Schäden davon getragen zu haben. Seelische Blessuren sind kaum zu vermeiden. Der Ruf der Stadt im Dreiländereck ist unter den ausländischen Studenten, auch denen am IHI und der Fachhochschule, miserabel. Die meisten von ihnen haben diverse Erfahrungen mit permanenten Polizei-Kontrollen, Hatzen durch Rechtsradikale, Behördenwillkür und abweisenden Einheimischen gemacht. Von ihren Eindrücken berichten sie in ihren Heimatländern, an ihren späteren Studienorten und überall, wo sie hinkommen. Von den Kommunalpolitikern und der Hochschulleitung fühlen sie sich allein gelassen. Das betrifft nicht das Studium, dessen hohe Qualität sie loben, aber den studentischen Alltag. Die Stadtväter und Professoren müssen endlich begreifen, dass es nicht ausreicht, hochtrabend ethische Reden am Tag der Immatrikulation zu halten. Es reicht nicht, die Studenten in die Stadt einzuladen.

Es muss etwas getan werden, damit sich die Studenten hier, wenn schon nicht zu Hause, aber wenigstens sicher fühlen. Damit die jungen Ausländer, die künftige Elite ihrer Länder, aus Zittau nicht nur schlechte Erinnerungen mitnehmen.

# Interview mit Hagen Kreisel, Mitarbeiter des AMAL-Teams zur Beratung von Betroffenen rechter Gewalt in Ostsachsen

(vom d.a.s.h.-dossier "JUGENDARBEIT UND RASSISMUS")

## **Wieso glaubst du, dass das Konzept der akzeptierenden Jugendsozialarbeit gerade in Zittau nicht funktionieren kann?**

Das Konzept richtete sich ursprünglich an Randgruppen, die von Ausgrenzung und Stigmatisierung betroffen waren und von der Mehrheitsbevölkerung als Problem angesehen wurden, z.B. Punks und Drogenabhängige. Rechte Jugendliche verstehen sich aber nicht als Randgruppe, sondern eher noch - wenn sie Täter werden - als Vollstrecker eines eingebildeten Volkswillens. Ihre Werte und ihre Art zu leben stehen nicht im eklatanten Widerspruch zu weiten Teilen der Bevölkerung. Das sehen mittlerweile auch einige Begründer des Konzepts, z.B. Prof. Krafeld, so, die seit Jahren - vor allem nach den vielen gescheiterten AgAG-Projekten - davor warnen, das Konzept einfach auf rechte Jugendliche in Ostdeutschland zu übertragen. Beim NJB kommt hinzu, dass es sich bei den Mitgliedern des Vereins und dessen Umfeld vorrangig um erwachsene Menschen handelt, die mit den Methoden der Jugendarbeit kaum erreicht werden können. Wenn mensch dem Konzept eine Chance gibt, dann meiner Meinung nach nur, wenn ganz klare Kriterien aufgestellt werden, z.B. - Transparenz für die Öffentlichkeit, welche Methoden werden eingesetzt, wie werden Mittel verwendet, welche überprüfbaren Ziele werden gesetzt usw. - mit welcher Analyse rechter Einstellungen, damit ist gemeint, wie Menschen zu rechten Überzeugungen kommen, gehen die Professionellen ans Werk - was sind die Grenzen des Konzepts, an welchen Punkten muss es als gescheitert angesehen werden, wie wird z.B. mit Kadern oder Straftaten umgegangen - welche fachliche Qualifikation haben die eingesetzten Sozialarbeiter, arbeiten sie im Team, ist die wissenschaftliche Begleitung, Supervision, Weiterbildung etc. gesichert. An all diesen Punkten haben die Verantwortlichen in Zittau versagt, also der Träger, die Arbeiterwohlfahrt, und die Kommune bzw. andere Mittelgeber.

## **Was schlägst du als Alternative zum bisher gefahrenen Konzept vor?**

Einer Gruppe wie sie der NJB und dessen Umfeld darstellt, darf kein öffentlicher Raum zur Verfügung gestellt werden. Er darf als Verhandlungspartner solange nicht akzeptiert werden, wie er sich nicht glaubhaft und überprüfbar mit seiner Geschichte auseinandergesetzt und von seinem bisherigen Erscheinungsbild und -auftreten distanziert hat. Zum jetzigen Zeitpunkt schlage ich die Isolierung des NJB vor. Das Haus muss seinem Zugriff entzogen werden. Parallel sollte mensch über ein furdertes Angebot für die jüngeren Mitglieder der Szene nachdenken. Damit wäre ein öffentliches Zeichen gesetzt, dass die kommunalen Verantwortungsträger nicht gewillt sind, eine wie auch immer geartete Unterstützung für rechtsradikale und demokratiefeindliche Umtriebe zu leisten. Ein solches Zeichen wäre auch für all jene Initiativen und Vereine in Zittau und darüber hinaus wichtig, die sich seit Jahren darum bemühen, rechten Tendenzen etwas entgegen zu setzen, indem sie eine engagierte und oftmals unbezahlte Arbeit in den Bereichen Jugendkultur, Kunst, politische Bildung, Unterstützung von Flüchtlingen usw. leisten. Das Haus in der Südstrasse sollte öffentlichkeitswirksam mit deutlich anderen Inhalten gefüllt werden. Das wäre ein Beitrag zur Wiedergutmachung jahrelanger Fehler. Es würde allerdings einiges an Anstrengung bedeuten, müsste von verschiedenen Initiativen mit offensiver Unterstützung der Kommune getragen sein und nötigenfalls auch gegen den Widerstand Rechtsradikaler durchgesetzt werden. Sonst sollte das Haus zumindest irgendeiner Bestimmung zugeführt werden, die für die Rechten absolut unattraktiv ist - oder aber abgerissen werden. Natürlich werden die Akteure des NJB damit nicht verschwinden, aber es ist wichtig öffentlich gegen sie - und das heißt in erster Linie gegen das von ihnen vertretene Weltbild - Stellung zu beziehen und ihre Strukturen wo immer möglich zu schwächen.

## **Gibt es zu dem jetzigen Zeitpunkt noch Möglichkeiten, den Entschluss rückgängig zu machen oder zumindest die Stadt Zittau für diese Entscheidung zur Verantwortung zu ziehen?**

Also momentan läuft noch die Rechtsaufsichtsbeschwerde vom fraktionslosen Stadtrat Winfried Bruns, da keine Expertenanhörung vor einer solch wichtigen Entscheidung gemacht wurde und die Abstimmung wohl nicht auf der Tagesordnung stand. Ob die Umwandlung in einen Mietvertrag noch möglich ist, weiß ich nicht. Ich denke aber, ein neuer Beschluss durch den Stadtrat ist prinzipiell immer möglich. Leider ist das aber total unwahrscheinlich, weil das voraussetzt, dass sich dessen Mitglieder in hohem Maße offen für Kritik zeigen und sich selbst in Frage stellen.

# Wie Zittaus Behörden den "Nationalen Jugendblock Zittau e.V." verharmlosen

**"In den letzten drei, vier Jahren sollen die Mitglieder des NJB nach meinen Informationen nicht am Gedenkmarsch für Holger-Müller teilgenommen haben."**

Oberbürgermeister Arnd Voigt im Oberlausitzer Kurier vom 03.11.2001



**Sog. Holger-Müller- Gedenkmarsch am 07.07.2001 in Zittau**

Am Transparent "Nicht Rache nur Gerechtigkeit" (v.l.n.r.) Alexander Pakiet [NJB-Vorsitzender seit Herbst 2001] und Holger Zimmermann [Einer der Führungskräfte der militanten Kameradschaft "Odins Legion" aus Glossen/Kittlitz]



## **Am selben Tag**

Alexander Pakiet [NJB-Vorsitzender] auffallend militant gekleidet, trägt Springerstiefel (u.a. ein Zeichen für Gewaltbereitschaft) und ein "CONSDAPLE"- Poloshirt. Wenn darüber eine Jacke getragen wird, kann man "NSDAP" lesen, bei LONSDALE "lediglich" NSDA. Die Marken CONSDAPLE und LONSDALE sind nach Verfassungsschutz insbesondere bei der rechtsextremistischen Skinheadszene beliebt ("Mit Hakenkreuz und Totenkopf - Wie sich Rechtsextremisten zu erkennen geben"- Informationsbroschüre des Sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz).

**'Verbindungen zwischen dem NJB und der im Landkreis recht aktiven NPD seien "nicht nachvollziehbar", sagte Voigt. Die beiden Organisationen würden sich eher auf Konfrontationskurs zueinander befinden. Das hätten ihm Fachleute bestätigt.'**

Oberbürgermeister Arnd Voigt in der Sächsischen Zeitung (ZITTAU) vom 27.10.2001

Im Gleichen Zeitungsartikel gibt der Zittauer Sozialbürgermeister Jürgen Löffler zur Kenntnis, dass der Ebaupachtvertrag mit dem NJB auch dann aufgelöst werde und somit dem NJB das Haus entzogen werde, wenn das Bundesverfassungsgericht die NPD verbiete.

Dass die NPD regelmäßig Veranstaltungen in dem Demoziel des NJB's durchgeführt hat, dass bestätigt eine Aussage des Sozialarbeiter Johannes Krüger, der in der Südstraße 8 derzeit noch tätig ist. "Wenn die NPD eine Veranstaltung macht, gehe ich erst gar nicht hin." (Spiegel vom 08.Januar 2001) Das sich NPD Kreisverband Löbau/Zittau und der NPD jetzt gar feindlich gegenüber stehen, kann man als Lüge werten, immerhin unterstützte der NJB den diesjährigen sog. HolgerMüller-Gedenkmarsch und Alexander Pakiet (NJB-Vorsitzende) hat daran nachweislich teilgenommen.

**'Nach Auffassung Zittaus ist es gelungen, durch "eine sozialarbeiterische Einflussnahme und den ständigen Kontakt mit dem Verein NJB" seit 1994, "eine Beherrschbarkeit erreicht zu haben".'**

Aus der Stellungnahme der Stadt Zittau an das Innenministerium- teilweise veröffentlicht in der Sächsischen Zeitung (ZITTAU) vom 12.10.2001

In den Jahren 1991- Ende 1993 kam es zu teilweise rassistischen Ausschreitungen in Zittau danach legte sich die Normalität über Zittau. In wie weit die sozialarbeiterische Einflussnahme gewirkt haben muss, das zeigen wohl die gezielten Übergriffe auch von NJB-Mitgliedern auf eine Party des Rosa Power Löbau e.V. während des Stadtfestes 1999 und den zwei Angriffen auf das kulturlinke Emil an den Folgetagen. Da kann man nicht von Beherrschbarkeit sprechen.

Auch wurden nach Neuem Deutschland vom 22.10.2001 in der Vergangenheit zwei der drei Sozialarbeiterjobs gestrichen, den letzten stellt die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die 2002 den Rückzug erwägen will. Dass man akzeptierende Jugendsozialarbeit mit Rechten als gescheitert angesehen werden muss, das haben bereits seine Begründer (wie zum Beispiel Prof. Krafeld) zugegeben.

## Ein Pachtvertrag als Kapitulationsurkunde

**Die ostsächsische Stadt Zittau will einem Verein von jungen Neonazis für 33 Jahre ein Haus überlassen**

Von Bernhard Honnigfort (Zittau)

Wenn ausländische Erstsemester an der Fachhochschule Zittau ihr Studium antreten, geben ihnen Dozenten nicht nur Tipps, wie sie erfolgreich zum Examen kommen. Die Neuen, besonders solche mit dunkler Hautfarbe, erhalten auch Ratschläge für den Alltag in der ostsächsischen Kleinstadt: Lasst euch nicht von Rechtsextremisten provozieren. Lasst euch nicht auf Diskussionen ein. Geht nicht durch die Südstraße.

Das Haus Südstraße Nummer acht, ein heruntergekommener Bau, ist seit neun Jahren die Adresse des Nationalen Jugendblocks Zittau. Im aktuellen sächsischen Verfassungsschutzbericht heißt es über die etwa zwanzigköpfige Truppe junger Rechter, sie sei eine "aktive neonationalsozialistische Organisation. Der NJB ist ein wichtiges Bindeglied der Rechtsextremisten in Ostsachsen und pflegt enge Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und zur Skinheadszene." Der Verein sehe seine Aufgabe darin, national gesinnte Jugendliche aus der Region zu sammeln. Jugendliche fänden im Haus Südstraße 8 "Zugang zum organisierten Rechtsextremismus" oder hätten Gelegenheit, dort rechtsextremistisches Gedankengut auszutauschen.

Haus Nummer acht in der Südstraße ist aber auch aus anderem Grund bemerkenswert: Es gehört der Stadt Zittau, ebenso wie das 730 Quadratmeter große Grundstück drumherum. Die Stadt vermietet es über eine Wohnungsgesellschaft den Neonazis, angeblich für nur 305 Mark Warmmiete. Seit der Wende wirft das Haus dunkle Schatten auf die alte Stadt im Dreiländereck zu Tschechien und Polen. In den ersten Jahren lieferten rechtsradikale und linke Jugendliche einander Gefechte, ständig mussten Polizisten dazwischengehen. Von der Südstraße 8 verschickten Neonazis Propaganda wie: "Schluss mit der Holocaust-Lüge!" Es gab Hausdurchsuchungen des Landeskriminalamts, bei denen die Polizei antisemitische Pamphlete, Nazi-Videos und indizierte CDs beschlagnahmte. Jahrelang sorgte das Haus für Aufsehen, und die Verantwortlichen in der Stadt schienen hoffnungslos überfordert mit dem Problem. Viele guckten lieber weg: Ruhe war erste Bürgerpflicht in Zittau.

Manchmal herrschte auch Streit, meistens von außen angeregt: von PDS-Politikern oder Gewerkschaftern, von Journalisten, die über das Haus und die Stadt berichteten. Mal war die Aufregung groß, mal weniger groß, doch meistens herrschte Ruhe.

Die Argumente der Streitenden sind immer dieselben geblieben: Warum wirft die Stadt die Neonazis nicht raus? Zittau betreibe "Glatzenpflege" auf Kosten der Steuerzahler. Der Bundeskanzler fordere den Aufstand der Anständigen, und die Stadt Zittau kassiere Miete von Rechten, schimpfen Kritiker. Irgendwo müssen die doch bleiben, sagen die Befürworter. Die Gruppe sei nun einmal da, außerdem nicht mehr so schlimm wie früher. Das seien doch Zittauer, wo sollten die denn sonst hin. Und in der Südstraße habe man sie wenigstens unter Kontrolle.

Nicht nur die Debatte, auch der Ärger ist seit Jahren derselbe: Auf Stadtfesten kommt es regelmäßig zu Schlägereien, schwul-lesbische Veranstaltungen werden attackiert. Seit Jahren mischen die Rechten beim "Holger-Müller-Marsch" mit, einer Demonstration zur Erinnerung an einen Rechtsradikalen, der 1992 einen Ausländer überfiel und dabei in Notwehr erstochen wurde. "Es ist immer etwas los", sagt SPD-Stadtrat Ernst Schoofs. "Die Leute sind gefährlich."

Dafür, dass weiterhin etwas los ist, vermutlich bis 2034, hat die Stadt jetzt selbst gesorgt. Der Zittauer Stadtrat hat am Donnerstagabend beschlossen, dem Neonaziverein das Haus in Erbbaupacht für 33 Jahre zu überlassen. Nächste Woche befindet der Jugendhilfeausschuss des Kreises darüber, ob dem NJB-Verein 20 000 Mark Zuschuss für Reparaturarbeiten am Haus gewährt wird. 22 Stadträte stimmten für die Pacht, sieben dagegen, einer enthielt sich. Die Abstimmung verlief geheim, was nicht üblich ist, sondern nur bei Personalien oder in außergewöhnlichen Fällen gemacht wird. In diesem Fall fühlten sich Stadträte bedroht und trauten sich nicht, öffentlich die Hand zu heben. Der Versammlung im prächtigen Bürgersaal des Zittauer Rathauses war das Unbehagen anzumerken: "Stimmen wir dem Pachtvertrag zu, sind wir die Deppen, tun wir es nicht, auch", schimpfte einer.

"Wir können doch keine Einrichtung finanzieren, die zum Führungsbunker der Oberlausitz wird", hatte SPD-Stadtrat Klaus Zimmermann gegen die Entscheidung argumentiert. Das werfe ein schlechtes Licht auf Zittau. "Unser Vorgehen ist zurzeit die einzig machbare Lösung", hielt CDU-Stadtrat Andreas Johne dagegen. "Wenn wir Einfluss nehmen wollen, müssen wir den Dialog pflegen." Tatsächlich ist die Pachtentscheidung wohl eher eine Kapitulationserklärung.

Jahrelang scheute die Stadt die Auseinandersetzung. Im Juni jedoch hatte der frühere CDU-Oberbürgermeister Jürgen Kloß überraschend beschlossen, die Neonazis auf die Straße zu setzen. Er kündigte den Mietvertrag aus baulichen Gründen. Danach setzte es erst einmal Drohungen. Flugblätter des NJB kursierten in der Stadt: Im Fall eines Rauswurfs könnte man für das "weitere Handeln einzelner Personen keine Verantwortung" übernehmen.

Außerdem bot ein Privatmann den Neonazis sofort eine Ersatzunterkunft, eine Villa in der Lessingstraße, einem besseren Viertel von Zittau. Das war nun ganz fürchterlich, immerhin wohnen dort einige "Honoratioren der Stadt und des Landkreises", so Stadtrat Zimmermann. "Plötzlich hatte man es ganz eilig", sagt der 61-Jährige, "man war ja erpressbar." Was als geplanter Rauswurf begann, endete mit einem Erbbaupachtvertrag. Die Stadt knickte ein. "Und damit machen wir die auch noch kreditwürdig", ärgert sich Zimmermann.

Seit sieben Jahren kümmert sich ein Sozialarbeiter der Arbeiterwohlfahrt um die jungen Rechten in der Südstraße. Er ist der Mann, der den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen soll, der Mann, der den Einfluss der Stadt auf das Geschehen im Haus sichern soll, auch in Zukunft. Zu einem Gespräch war er nicht bereit. Er sei auf unbestimmte Zeit krank, sagte Johannes Krüger.

Dass sich die Rechten von Sozialarbeitern beeinflussen oder per Jugendhilfeausschuss neue Spielregeln diktieren lassen, halten einige Stadträte für Unfug. "Das hat nicht funktioniert, und das wird nicht funktionieren", sagt Zimmermann. "1994 war ich Sozialdezernent und habe daran geglaubt. Ich habe das Konzept selbst so mitbeschlossen. Aber wir sind gescheitert." Sein Fraktionskollege Schoofs, selbst Sozialarbeiter von Beruf mit zweijähriger Erfahrung in der Südstraße, erzählt: "Das können Sie völlig vergessen." Sozialarbeiter würden nur gebraucht, wenn einer von denen Schulden habe. Da dürfe man helfen. Beeinflussen oder aus der Szene herausholen lasse sich keiner von den Rechtsradikalen. Wenn es interessant wurde, wenn die jungen Neonazis sich zusammenhockten, diskutierten oder planten, feierten oder tranken, dann sei immer dasselbe passiert: "Dann haben die den Sozialarbeiter vor die Tür gesetzt."

Dresdner Neueste Nachrichten am 02.11.2001

## **Erbbaupacht und Fördermittel für "Rechtenhaus" Zittau stützt Rechtsextreme**

Zittau. Südstraße 8, 02763 Zittau. Ein graues, schäbiges Haus an einer Durchgangsstraße, die Fenster im Erdgeschoss zugemauert, der Putz beschmiert. Doch die unscheinbare Adresse kennt in der ost-sächsischen Kleinstadt jeder. Die meisten Leute sprechen nur vom "Rechtenhaus", ausländischen Studenten wird empfohlen, die Ecke zu meiden. Kein Wunder: Seit 1992 ist die Adresse das Domizil des "Nationalen Jugendblocks" (NJB), den der Verfassungsschutz als aktive neonationalsozialistische Organisation beobachtet.

Die etwa 20 NJB-Mitglieder fungieren, so heißt es im Jahresbericht, als festes Bindeglied zwischen Skin-

headgruppen. Sie veranstalten Konzerte mit rechtsextremen Bands, Märsche und "Feste" und versuchen, Jugendliche der Region um sich zu scharen. Doch die Kommunalpolitik schreckt das scheinbar nicht. Vergangene Woche billigten die Stadtväter - in geheimer Abstimmung - dem NJB einen Erbbaupachtvertrag für das Gebäude zu. Dieser gilt seit vorgestern und hat eine Laufzeit bis zum Jahr 2034. In dieser Woche legte der Kreis Löbau-Zittau noch 8000 Mark Fördermittel zur Instandhaltung des heruntergekommenen Gebäudes, das der städtischen Wohnungsbaugesellschaft gehört, obendrauf.

"Es ist ein Skandal, dass Rechtsextreme so gefördert werden", wettet Sachsens Juso-Chef Martin Dulig. "Vor einem Jahr wurde zum Aufstand der Anständigen aufgerufen und heute kriegen die Rechten ihre Organisationsstruktur gefördert." Auch PDS-Fraktionschef Peter Porsch klagt, der 33 Jahre währende Vertrag für den "Propaganda-Stützpunkt" bedeute, "dass es noch in Jahrzehnten in Zittau organisierten Rechtsextremismus gibt".

Doch die Stadt setzt auf Kontrolle statt auf Konflikte und hofft trotz eigener Bedenken, die Vereinbarung mit den Neonazis werde ein Modellprojekt. "Wir mussten uns entscheiden: Lassen wir sie im Gebäude oder entlassen wir sie in die freie Wildbahn", sagt Sozialbürgermeister Jürgen Löffler (CDU). Die Kommunalpolitik habe für den sozialen Frieden votiert und nehme die Rechten in die Pflicht, das Gebäude ordentlich zu betreiben. "Wenn wir Einfluss nehmen wollen, müssen wir den Dialog suchen", sagt CDU-Stadtrat Andreas Johne. Laut neuer Satzung sei das Haus wieder offen für alle Jugendlichen, die Verbreitung von rechtsextremistischem Gedankengut sei verboten. Keine Hitler-Bilder mehr an der Wand, keine Sitzungen hinter verschlossenen Türen. "Wir können jederzeit hingehen und die Jugendlichen kontrollieren. Gibt es Verstöße, müssen sie raus", sagt Löffler. Zweifel, ob das funktioniert, bleiben auch ihm. Zumal das Erbbaurecht nicht durch anderweitige Bestimmungen geändert werden kann.

SPD-Stadtrat Ernst Schoofs hat die Hoffnung längst aufgegeben: "Die Sozialarbeit ist gescheitert." Schoofs, einst selbst Sozialarbeiter in dem Haus, ist überzeugt, dass der NJB nicht plötzlich demokratische Prinzipien einhält: "Der Schuss geht nach hinten los. Das Haus wird eine kleine Führerhochburg werden."

Ein entsetztes Fax kam auch aus Berlin. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen kritisierte, dass sich die Stadt unter Druck setzen ließ. Der NJB hatte erklärt, im Falle eines Rauswurfs "keinerlei Verantwortung für das Handeln einzelner Personen übernehmen zu können". Solchen Erpressungen dürfe sich der Rechtsstaat nicht beugen, schrieb das Bündnis. Die Stadtväter entschieden anders.



**Ein Mahnmal in der Zittauer Lessingsstraße 12, das aber in Zittau nie wahrgenommen wurde!**